

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

23. - 29. Mai 2026

Emmanuel Macron hat den montenegrinischen Premierminister Miloško Spajić am Dienstag, dem 27. Mai im Élysée-Palast empfangen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Unterstützung Frankreichs in der finalen Verhandlungsphase mit der Europäischen Union sowie die Arbeit eines Ad-hoc-Gremiums zur Ausarbeitung des Beitrittsvertrags. Außerdem wurde der EU-Westbalkan-Gipfel am 5. Juni in Montenegro hervorgehoben, an dem Macron teilnehmen wird. Das Ziel besteht darin, alle Verhandlungsschritte bis Ende 2026 abzuschließen, sodass Montenegro bis 2028 bereit für den EU-Beitritt sein kann. Mit 14 vorläufig geschlossenen Kapiteln ist Montenegro der am weitesten fortgeschrittene Kandidat im Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Spajić betonte die bisherigen Reformfortschritte seines Landes und hob insbesondere die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit hervor. Macron lobte diese Entwicklungen und zeigte sich optimistisch, dass Montenegro ein Vorbild für die EU-Erweiterung werden könne. Zudem unterstrichen beide Politiker die geopolitische Bedeutung des Erweiterungsprozesses, insbesondere für die Stabilität im Westbalkan und die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Abschließend vereinbarten beide Seiten, die Zusammenarbeit künftig auch auf Expertenebene weiter zu intensivieren.

Der ehemalige französische Premierminister und Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe hat erklärt, dass er auch dann Kandidat für die Präsidentschaftswahl 2027 bleiben werde, sollte er während des Wahlkampfs offiziell angeklagt werden. Hintergrund ist eine gegen ihn derzeit laufende Untersuchung wegen des Verdachts auf Veruntreuung öffentlicher Gelder, Begünstigung, illegale Interessenkonflikte und Korruption in seiner Heimatstadt Le Havre, deren Bürgermeister er ist. Die Vorwürfe beziehen sich auf einen Vertrag zwischen der Stadtverwaltung und einem Verein. Eine Whistleblowerin hatte die mutmaßlichen Unregelmäßigkeiten bereits im Jahr 2023 bei der Finanzstaatsanwaltschaft gemeldet. Nach Durchsuchungen im Jahr 2024 wurde im Jahr 2025 eine offizielle Beschwerde eingereicht. Philippe weist alle Anschuldigungen zurück und betont, dass er unschuldig sei und vollständig mit der Justiz kooperieren werde.

Mit „Nous avons encore envie“ („Wir haben immer noch Lust“) hat der Sozialdemokrat Raphaël Glucksmann ein neues Buch veröffentlicht, in dem er seine politischen Pläne für Frankreich darlegt. Er beschäftigt sich darin unter anderem mit den Themen Patriotismus, nationalem Zusammenhalt und französischer Identität. Er erklärt, dass diese Themen aus seiner Sicht in der politischen Debatte der Linken lange zu wenig behandelt wurden. Der Europaabgeordnete gilt zunehmend als möglicher Kandidat für die französische Präsidentschaftswahl im Jahr 2027: In einem Interview mit dem Fernsehsender TF1 kündigte Glucksmann am vergangenen Dienstag, dem 26. Mai, an, sich „in drei Monaten“ zu einer möglichen Kandidatur äußern zu wollen. Den Sommer wolle er nutzen, um sein politisches Projekt im ganzen Land vorzustellen und Unterstützung innerhalb der moderaten Linken zu gewinnen. Während seines Fernsehauftritts sprach Glucksmann über verschiedene Themen, darunter Geopolitik, ökologische Transformation, Schule, Sicherheit und einen verpflichtenden Bürgerdienst. Außerdem verwies er auf das Ergebnis seiner Liste bei der Europawahl 2024, bei der sie knapp 14 % erreichte.

Die Adipositas-Medikamente Wegovy und Mounjaro sollen in Frankreich bald von der Sozialversicherung erstattet werden. Dies kündigte Gesundheitsministerin Stéphanie Rist am 28. Mai in Paris an. Die Preisverhandlungen zwischen der Regierung und den Pharmaunternehmen Novo Nordisk (Wegovy) und Eli Lilly (Mounjaro) dauerten über ein Jahr. Beide Medikamente sind GLP-1-Analoga, die den Appetit zügeln. Sie ermöglichen eine schnelle Gewichtsabnahme und können sich positiv auf die Gesundheit auswirken, indem sie beispielsweise Typ-2-Diabetes verbessern und das kardiovaskuläre und renale Risiko senken. Die Medikamente kosten zwischen 250 und 400 Euro pro Monat und müssen langfristig eingenommen werden, um den Gewichtsverlust aufrechtzuerhalten. Die Verschreibung erfolgt zunächst nur durch Spezialisten für Endokrinologie, Diabetologie oder Ernährung, nachdem Diätversuche ohne Erfolg geblieben sind. Später kann die Behandlung auch von Hausärzten weitergeführt werden. Erstattet werden 65 % der Kosten, allerdings nur für Patienten mit schwerer Adipositas, d. h. einem Body-Mass-Index über 40 oder über 35 mit einer schweren Begleiterkrankung. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass die Behandlung nur den Patienten zugänglich ist, die am stärksten gefährdet sind, während gleichzeitig die finanziellen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem begrenzt werden.

Das Gesetz zur „zur Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs aller zu Begleitung und Palliativversorgung“ wurde am 27. Mai von Präsident Emmanuel Macron unterzeichnet. Es ist der erste Teil einer umfassenderen Reform zur Regelung der Betreuung am Lebensende und wurde nach einer letzten Abstimmung im Senat endgültig verabschiedet. Das von der Abgeordneten Annie Vidal eingebrachte Gesetz sieht die Schaffung von Palliativ- und Begleithäusern vor. Diese sollen eine Alternative zur häuslichen Betreuung und zur Krankenhausbehandlung darstellen. Dort sollen Patientinnen und Patienten unter anderem Zugang zu tiefer und kontinuierlicher Sedierung erhalten. Das ursprünglich diskutierte „durchsetzbare

Recht“ auf Palliativversorgung wurde aus dem endgültigen Text gestrichen, da Befürchtungen über mögliche Rechtsstreitigkeiten bestanden. Darüber hinaus erweitert das Gesetz die Definition von Palliativversorgung auf die Begleitung von Menschen jeden Alters, insbesondere jedoch von Personen, die sich dem Lebensende nähern. Ebenfalls gesetzlich verankert ist die bereits gestartete, mehrjährige nationale Strategie für Palliativversorgung, die über einen Zeitraum von zehn Jahren mit mehr als einer Milliarde Euro ausgestattet ist. Der zweite Teil der Reform, der eine geregelte Sterbehilfe vorsieht, befindet sich weiterhin in der parlamentarischen Endphase. Die Abgeordnetenkammer hat ihn bereits zweimal angenommen, der Senat jedoch abgelehnt. Eine Einigung in einer gemischten Parlamentskommission ist derzeit unwahrscheinlich, sodass der Text erneut in beiden Kammern beraten werden muss, bevor das Parlament endgültig entscheidet.

Die französische Regierung reagiert auf mehrere Fälle sexueller Übergriffe und unangemessenen Verhaltens an Schulen und Betreuungseinrichtungen mit schärferen Maßnahmen zum Kinderschutz. Künftig sollen Mitarbeitende, die gegenüber Minderjährigen übergriffig geworden sind, auf eine zentrale „schwarze Liste“ gesetzt werden – selbst dann, wenn keine strafrechtliche Verurteilung vorliegt. So soll verhindert werden, dass sie erneut im Schulumfeld arbeiten können. Die aktuelle Debatte wurde besonders durch mehrere Fälle in Paris angeheizt, darunter Verfahren gegen Betreuer wegen sexueller Gewalt an Kindern. Viele Eltern kritisieren, dass Täter bislang oft zu milde bestraft würden und die Aussagen der Kinder nicht ernst genug genommen würden. Justizminister Gérald Darmanin sprach deshalb von einem notwendigen gesellschaftlichen „Weckruf“ und forderte eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Gewalt gegen Kinder. Mit einem neuen Gesetz will die Regierung nun den Schutz von Minderjährigen stärken und härter gegen Übergriffe im schulischen Umfeld vorgehen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die französische Nationalversammlung hat 178 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1848 einstimmig die **Aufhebung des „Code noir“** beschlossen. Diese königlichen Erlasse aus dem 17. und 18. Jahrhundert regelten die Sklaverei in den französischen Kolonien und waren bisher nie offiziell aufgehoben worden. Der „Code noir“ betrachtete versklavte Menschen als Eigentum und sah harte Strafen bei Fluchtversuchen vor. Präsident Emmanuel Macron unterstützte die Entscheidung und erklärte, dass das Fortbestehen dieser Texte im französischen Rechtssystem den republikanischen Werten widerspreche. Der aus Guadeloupe stammende Abgeordnete Max Mathiasin bezeichnete die Abstimmung als wichtigen Schritt zur Anerkennung des Leids von Millionen versklavter Menschen. In den Debatten wurde auch über die Folgen der kolonialen Vergangenheit und mögliche Reparationsmaßnahmen gesprochen. Viele Politiker betonten, dass die sozialen Ungleichheiten zwischen den Überseegebieten und dem französischen Festland bis heute spürbar sind. Vor allem bessere Bildungs- und Sozialprogramme statt direkter finanzieller Entschädigungen werden gefordert.

DIE ZAHL DER WOCHE

3						
0						
5	2	8				
7	4	3	1			
9	8	9	1	6		
	2	0				

23,2 Milliarden

Das Defizit des Haushalts der französischen Sozialversicherung für das Jahr 2026 könnte deutlich höher ausfallen als ursprünglich erwartet. Die Regierung ging bisher von einem Fehlbetrag von 19,4 Milliarden Euro aus. Laut dem aktuellen Frühjahrsbericht der Kommission für die Sozialversicherungskonten könnte das Defizit jedoch auf bis zu **23,2 Milliarden Euro** steigen. Dies entspräche einer Verschlechterung um 3,8 Milliarden Euro. Als Hauptgrund nennt der Bericht die ungünstigere wirtschaftliche Entwicklung, die insbesondere durch steigende Energiepreise, darunter höhere Ölpreise, bedingt ist. Auch die schwächere Konjunktur wirkt sich negativ auf die Einnahmen aus. In der aktualisierten Prognose wird von einem Wirtschaftswachstum von nur 0,9 % und einer Inflation von 1,6 % ausgegangen. Ein Teil dieser Entwicklung hängt zudem von geopolitischen Risiken ab, insbesondere von den Auswirkungen der Konflikte im Nahen Osten, die die Energiepreise weiter in die Höhe treiben könnten. In diesem Fall würde sich das Defizit zusätzlich verschärfen. Berücksichtigt man bereits angekündigte staatliche Maßnahmen wie die Anpassung von Arbeitgeberabgaben, könnte das Defizit etwas geringer ausfallen und bei rund 20,4 Milliarden Euro liegen. Dennoch zeigt die Prognose eine klare finanzielle Verschlechterung im Vergleich zum verabschiedeten Haushaltsplan. Die endgültige Entwicklung bleibt von der wirtschaftlichen Lage und der Energiepreisentwicklung abhängig.